

Die Gründung der SED in Sachsen*

Von Stefan Donth

Einleitung

Trotz der besonderen Bedeutung, die der Vereinigung von KPD und SPD in der DDR-Geschichtswissenschaft zukam, wurde bis zur Wende keine unvoreingenommene Darstellung zur Gründung der SED vorgelegt.¹ Die wichtigsten Quellen blieben unzugänglich, so daß auch die westliche Forschung auf publiziertes Material und auf Erinnerungsberichte in den Westen geflohener Sozialdemokraten angewiesen war.² Nach dem Ende der SED-Herrschaft verbesserten sich die Zugangsbedingungen zu den Archivalien

* Die vorliegende Darstellung basiert auf meiner Magisterarbeit »Die sächsische KPD 1945/46«, die 1995 am Historischen Seminar der Universität Leipzig entstanden ist.

1 Vgl. beispielsweise Günter BENSER, *Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945)*, Berlin (Ost) 1985; Karl-Heinz GRÄFE, *Die Zerschlagung des faschistisch-imperialistischen Staatsapparates und die Herausbildung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht im Ergebnis der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetunion und im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Revolution (1945/46). Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im damaligen Land Sachsen*, Diss. masch., Halle 1971; Hans-Joachim KRUSCH, *Zur Gründung der SED im April 1946. Die Vereinigung von KPD und SPD in den Bezirken*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 34 (1986), S. 195-209; Walter LÖSCHER, *Zur Geschichte des Vereinigungsprozesses von KPD und SPD zur SED im heutigen Bezirk Dresden (1945-1946)*, Dresden 1976; Helfried WEHNER, *Proletarischer Internationalismus und sowjetische Besatzungspolitik. Ein Beitrag zur antifaschistisch-demokratischen Entwicklung im damaligen Land Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Besatzungspolitik*, Diss. B masch., Halle/Saale 1969.

2 An dieser Stelle kann nur auf eine kleine Auswahl einschlägiger Veröffentlichungen hingewiesen werden: Beatrix BOUVIER/Horst-Peter SCHULZ (Hrsg.), »... die SPD aber aufgehört hat zu existieren«. *Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung*, Bonn 1991; Erich W. GNIFFKE, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1990; Beatrix W. BOUVIER, *Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbstständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene*, in: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS)* XVI (1976), S. 417-468; Lucio CARACCILO, *Der Untergang der Sozialdemokratie in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Otto Grotewohl und die »Einheit der Arbeiterklasse«*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZG)* 26 (1988), S. 281-318; Werner MÜLLER, *Sozialdemokratische Politik unter sowjetischer Militärverwaltung. Chancen und Grenzen der SPD in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Kriegsende und SED-Gründung*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 23 (1987), S. 170-206; Frank Thomas STÖSSEL, *Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945-1954*, Köln 1985. Der westliche Forschungsstand zur Geschichte der KPD und SPD wird in den Artikeln des SBZ-

grundlegend. Die Forschung widmet sich seither vor allem der Rekonstruktion von Ereignissen auf der zentralen Ebene; erste Dokumenteneditionen, die auch die regionale Entwicklung untersuchen, schlossen schon bald die empfindlichsten Lücken.³ Dennoch ist unser Wissen über die Etappen des Vereinigungsprozesses in den Ländern und Provinzen der SBZ bis heute immer noch ungenügend. Auch die Gründung der SED in Sachsen, das als hochindustrialisiertes Land in den Jahren vor 1945 eine Hochburg der Arbeiterbewegung war und wo für die weitere Geschichte der SBZ mit dem Volksentscheid 1946 eine wichtige Weichenstellung erfolgte, ist erst in den Ansätzen erforscht.⁴

Auf der Grundlage der Bestände zur Geschichte der KPD und der SPD in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin und im Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden, die neben den Protokollen wichtiger Sitzungen auch zahlreiche Berichte über politische Ereignisse, die innerparteiliche Entwicklung bei Kommunisten und Sozialdemokraten, den Stand der Vereinigungsbewegung, die Einwirkungen der sowjetischen Besatzungsmacht und den Widerstand großer Teile der SPD umfassen, sollen, ausgehend von den Exilplanungen der KPD-Führung in Moskau, die Etappen des Vereinigungsprozesses in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der »Einheitsbereitschaft« der Sozialdemokraten und des Vorgehens der KPD untersucht werden. Dabei können aber nicht nur die Entscheidungen der Landesleitungen beider Parteien im Mittelpunkt stehen, denn während man dort den Sozialdemokraten

Handbuches zusammengefaßt. Vgl. Werner MÜLLER, *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*, in: Martin BROZAT/Hermann WEBER (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, München 21993, S. 440-459, und Werner MÜLLER, *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)*, in: EBD., S. 460-480. Zum Forschungsstand zur SED-Gründung vgl. Dietrich STARITZ/Hermann WEBER (Hrsg.), *Einheitsfront – Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944-1948*, Köln 1989.

3 Vgl. Andreas MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition* (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16), Bonn 1995; Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (Hrsg.), *Wilhelm Pieck-Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, Berlin 1994; Günter BENSER/Hans-Joachim KRUSCH (Hrsg.), *Protokolle des Sekretariats des ZK der KPD Juli 1945 bis April 1946* (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 1), München 1993; DIES., *Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des ZK der KPD Juli 1945 bis Februar 1946* (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 2), München 1993.

4 Vgl. hier Stefan CREUZBERGER, »Klassenkampf in Sachsen«. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 2 (1995), S. 119-130; Franz WALTER, *Freital: das »Rote Wien Sachsens«*, in: Franz WALTER/Tobias DÜRR/Klaus SCHMIDTKE, *Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hoffnung und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Bonn 1993, S. 39-181; Jürgen TUBBESING, *NKFD-Antifaschistischer Block-Einheitspartei. Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig*, Beucha 1996.

Zugeständnisse machte, wurde in den einzelnen Städten und Gemeinden die SPD oft unter Druck gesetzt. Darüber ist bisher wenig bekannt. Abschließend soll nach der Berechtigung des Terminus »Zwangsvereinigung« gefragt werden.

1. Die Nachkriegsplanungen der KPD-Führung in Moskau 1944

Die Planungen der Parteiführung der KPD im Moskauer Exil, die nach der Teheraner Konferenz (18. November – 1. Dezember 1943) der Alliierten mit der Bildung einer zwanzigköpfigen Arbeitskommission am 6. Februar 1944 in ihr letztes Stadium traten, mußten sich in besonderem Maße den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unterordnen und können nun durch neu erschlossene Quellen genauer untersucht werden.⁵

Stalin war nach den bis jetzt zugänglichen Informationen daran interessiert, durch eine weitere Zusammenarbeit mit den Verbündeten von den ehemaligen Kriegsgegnern möglichst hohe Reparationen zu erhalten, die Neuerwerbungen an seiner Westgrenze zu legitimieren und ein Mitspracherecht in der Weltpolitik zu erlangen.⁶ Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben ließen die deutschen Kommunisten keinen Zweifel an ihrem Ziel aufkommen: »Wir sehen, für unser Volk wäre es das allerbeste, wir würden ein sozialistisches Deutschland, einen Sowjetstaat haben.«⁷ Da jedoch die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion diesen Vorstellungen widersprachen, mußte die KPD nach den Worten Ulbrichts eine »ganz nüchterne Realpolitik« betreiben.⁸ Unter der Bezeichnung »antifaschistisch-demokratische Umwälzung«, die den Begriff »Sozialismus« bewußt vermied und statt dessen die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848/49 proklamierte, sollten die in den Augen der KPD für den Nationalsozialismus verantwortlichen Kreise der deutschen Gesellschaft, wie etwa »Monopolkapitalisten« und »Junker«, durch eine Veränderung der Eigentumsstrukturen entmachtet werden. Im Zuge einer weitgehenden »Entnazifizierung« sollte ein neuer Staatsapparat entstehen. Andere politische Gruppierungen, von deren Neu- bzw. Wiedergründung man nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus

5 Siehe Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE (Hrsg.), *»Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland*, Berlin 1994.

6 Vgl. *Der Weg nach Pankow. Zur Gründungsgeschichte der DDR*, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1980, S. 32 f.

7 Wilhelm Florin, »Was würde sein, wenn Deutschland ein Sowjetstaat werden würde?«, maschinenschriftliche Ausarbeitung, o. D. (1944), in: P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 127.

8 So Ulbricht am 2.2.1944. Vgl. Alexander FISCHER, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945*, Stuttgart 1975, S. 83.

ausging, sollten in einen »Block der kämpferischen Demokratie« eingebunden und so an einer Fundamentalopposition zur Politik der KPD gehindert werden.⁹

Diese sollte die Führungsrolle bei den gesellschaftlichen Veränderungen übernehmen und »Tatsachen schaffen«, um der Sowjetunion entscheidenden Einfluß auf die Umgestaltung Deutschlands zu sichern und die Entwicklung hin zum sozialistischen Endziel offenzuhalten. Dazu war der rasche Aufbau der Partei notwendig. Zuerst wollte die Parteiführung »eine zielklare bolschewistische Partei mit fester revolutionärer Disziplin und einer in den Massen verwurzelten Organisation« schaffen, die als eine »vom Geiste des Marxismus, Leninismus und Stalinismus erfüllte einheitliche Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse« angesehen würde.¹⁰ Damit waren die Schritte zu einer Neubestimmung des Verhältnisses der KPD zur SPD vorgegeben, mit der »vorläufig keine Einheitspartei« gebildet werden sollte. Doch in deren Gründungsphase wollten die Kommunisten »selbst Hand anlegen in der Schaffung einer solchen Sozialdemokratie, die mit uns zusammenarbeitet«¹¹. Erst nach dem Abschluß des Aufbaus eigener Strukturen dachte die KPD an eine Vereinigung mit der SPD, denn die geplanten gesellschaftlichen Veränderungen ließen sich nach kommunistischem Verständnis nur mit einer politisch einheitlich agierenden Arbeiterschaft durchsetzen. Deshalb war die Gründung einer gemeinsamen Partei mit den Sozialdemokraten in den Augen der KPD-Führung »die politisch entscheidende Frage, die alle anderen Fragen aufs tiefste beeinflußt«¹².

In den ersten Wochen des Jahres 1945 stellte die Parteiführung der KPD in Zusammenarbeit mit der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (PURKKA) die späteren »Initiativgruppen« auf. Die bekannteste der drei Initiativgruppen war die Berliner Gruppe unter Leitung Ulbrichts, die in der westlichen Forschung durch die Erinnerungen von Wolfgang Leonhard früh Beachtung gefunden hat. Die »Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« vom 5. April 1945 regelten die Aufgaben der Initiativgruppen und betonten besonders das Unterstellungsverhältnis der deutschen Kommunisten und ihrer Mitarbeiter unter die Befehlsgewalt der sowjetischen Besatzungsmacht. Die Gruppen sollten die Rote Armee beim Aufbau neuer deutscher Verwaltungen unterstützen, selbst Schlüsselstellungen in den Personalämtern übernehmen und gemeinsam mit der PURKKA einen Bericht über Organisation und Bewußtseinsstand von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern

9 Vgl. u.a. das »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie« von Ende 1944 in: P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 290-303.

10 Beratung der KPD-Führung am 5.12.1943, in: EBD., S. 100.

11 Sepp Schwab am 24.4.1944, in: EBD., S. 168.

12 EBD.

erstellen sowie mit der Herausgabe von Zeitungen beginnen. Diese Strategie zielte darauf ab, den Kommunisten einen Vorsprung gegenüber politischen Konkurrenten zu verschaffen.¹³

Die Leitung der für Sachsen vorgesehenen Gruppe übernahm Anton Ackermann, der neben den KPD-Funktionären Hermann Matern, Fred Oelßner, Kurt Fischer, Peter Florin, Georg Wolff, Heinrich Greif, Artur Hofmann, Ferdinand Greiner und Egon Dreger noch zehn in Antifa-Lagern geschulte deutsche Kriegsgefangene angehörten. Sie flogen am 1. Mai 1945 nach Deutschland.¹⁴

2. Die »Gruppe Ackermann« und die Neuformierung von KPD und SPD in Sachsen

Die Zusammenarbeit der »Gruppe Ackermann« mit der Roten Armee gestaltete sich anfangs schwierig, weil die sowjetischen Besatzungsbehörden in ihrer Aufbauphase nicht einheitlich auf politische Entwicklungen reagierten. Erst mit der Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) am 9. Juli 1945, zu deren Chef Generaloberst Katukow ernannt wurde, konnte dessen Stellvertreter für Zivilangelegenheiten, Generalmajor Dubrowskij, eine einheitlichere Linie der Besatzungsmacht durchsetzen. Die SMAS wies den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen entsprechend, ähnlich wie die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), eine Reihe von Abteilungen und Untergliederungen auf. Dieses flächendeckende Netz von Kommandanturen war den zentralen Strukturen in Berlin-Karlshorst entsprechend gegliedert und eng mit deutschen Dienststellen verzahnt, die die sowjetischen Entscheidungen umsetzen mußten.¹⁵

Die Mitarbeiter der »Gruppe Ackermann« arbeiteten nicht wie die »Gruppe Ulbricht« in Berlin von einem zentralen Ort aus, sondern waren über das ganze sowjetisch besetzte Gebiet Sachsens verteilt. Die Tätigkeit der Gruppenmitglieder Matern, Fischer, Greif und Welz in Dresden hatte

13 Siehe P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 380-386.

14 Vgl. Gerhard KEIDERLING (Hrsg.), *»Gruppe Ulbricht« in Berlin. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*, Berlin 1993, S. 106-286, sowie die Materialien Ackermanns in Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), Zentrales Parteiarhiv (ZPA), Nachlaß (NL) 109/5.

15 Vgl. zur Geschichte der SMAD und der SMAS Jan FOITZIK, *Befehls- und Kommunikationsstruktur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD)*, in: Klaus SCHÖNHOFEN/Dietrich STARITZ (Hrsg.), *Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag*, Köln 1993, S. 324-351, und DERS., *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)*, in: M. BROSZAT/H. WEBER (wie Anm. 2), S. 8-69, sowie H. WEHNER (wie Anm. 1).

jedoch für die weitere politische Entwicklung in Sachsen besondere Bedeutung, denn die durch sie hier aufgebaute Stadtverwaltung wurde zum »Muster und zum Ausgangspunkt für die Bildung der Landesverwaltung Sachsen«.¹⁶

Eine wichtige Weichenstellung für die weitere Entwicklung war die Auflösung der von Kommunisten und Sozialdemokraten unmittelbar nach dem Ende des NS-Staates gegründeten einheitlichen Arbeiterparteien durch die »Gruppe Ackermann«. Emotional geprägt von der gemeinsam erduldeten Verfolgung im Dritten Reich und der Ansicht, daß eine einheitlich handelnde Arbeiterbewegung die Machtergreifung Hitlers hätte verhindern können, wollte ein großer Teil der in Deutschland gebliebenen Mitglieder von KPD und SPD eine einheitliche Arbeiterpartei gründen, um eine Wiederholung der Katastrophe zu verhindern.¹⁷ Diese Bestrebungen standen jedoch im Gegensatz zur Politik der KPD Führung, die zuerst die Partei neu aufbauen wollte und aus diesem Grund die Initiativgruppen gezielt auf zu erwartende »Abweichungen« vorbereitet hatte.¹⁸ Es war eine wichtige Aufgabe der »Gruppe Ackermann«, anhand der von Ulbricht erarbeiteten »Anweisungen für die Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation« den Kurs der Parteiführung durchzusetzen und die einheitlichen Parteien aufzulösen. Die Initiativgruppen waren angehalten, in jedem Ort eine Kommission einzusetzen, die die Mitglieder überprüfen und Parteileitungen einsetzen sollte.¹⁹

Im folgenden soll nun die Entwicklung in den sächsischen Großstädten und wichtigen Regionen des Landes untersucht werden, um feststellen zu können, wie stark die »Einheitsbereitschaft« innerhalb der Mitgliedschaft von KPD und SPD war und wie die »Gruppe Ackermann« dagegen vorgegangen ist.

In Chemnitz versuchten ältere KPD- und SPD-Mitglieder, eine gemeinsame Partei zu gründen; sie konnten sich aber nicht durchsetzen, weil Ackermann ihre Bestrebungen innerhalb der KPD zurückdrängte und sich bei vielen Sozialdemokraten die Ansicht durchsetzte, daß man mit den Kommunisten nicht auf ehrlicher Basis zusammenarbeiten könne und daher die SPD in bewußter Anlehnung an die Zeit vor 1933 wieder aufbauen

16 Anton ACKERMANN, *Von der Geburt der neuen Staatsmacht*, in: *Staat und Recht* 14 (1965), S. 673. Ackermann hat in seinen Erinnerungen darauf hingewiesen, »daß der Magistrat in Dresden einige Tage vor dem Berliner gebildet wurde und seine Tätigkeit aufnahm«. SAPMO-BA, ZPA, NL 109/5, Bl. 65.

17 Siehe EBD., Bl. 90.

18 Vgl. Wolfgang LEONHARD, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Leipzig 1990, S. 369.

19 Die »Anweisungen« legte Ulbricht am 15.2.1945 vor. Siehe P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 327 f.

müsse.²⁰ Diese Politik stieß auf Zustimmung in der Bevölkerung, denn bereits im Oktober 1945 hatte die SPD ca. 22 000 Mitglieder. Die KPD, die zu diesem Zeitpunkt nur 12 500 Mitglieder zählte²¹, beobachtete die wachsende Stärke der SPD mißtrauisch und hatte zur besseren Kontrolle und Steuerung der sozialdemokratischen Bestrebungen schon am 27. Mai 1945 ein »Antifaschistisches Komitee« gegründet, dem neben Mitgliedern beider Parteien auch Vertreter bürgerlicher Gruppierungen angehörten. Damit wurde der »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« in Chemnitz früher als in Berlin gegründet.²²

Auch in anderen Städten, in denen Mitarbeiter der Initiativgruppe die politische Entwicklung steuerten, kann eine ähnliche Situation beobachtet werden. In Görlitz hatten Sozialdemokraten und Kommunisten Gespräche über die Gründung einer »vereinigten sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei« auf der Grundlage des »Kommunistischen Manifestes« aufgenommen, ehe die Mitarbeiter der Initiativgruppe für die Bildung von zwei eng zusammenarbeitenden Parteien eintraten und sich damit gegen erhebliche Widerstände durchsetzen konnten. Erst nachdem die Sozialdemokraten von der Entwicklung in Berlin erfahren hatten, gründeten sie am 23. Juni 1945 eine SPD-Ortsgruppe.²³ Auch in Freiberg und Riesa wurden gemeinsame Parteien aus KPD- und SPD-Mitgliedern von Mitgliedern der Initiativgruppe aufgelöst.²⁴ Weitere Beispiele für gemeinsame Parteien sind aus Döbeln und Oschatz überliefert. Dabei ist das Verhalten der Oschatzer Sozialdemokraten besonders interessant, denn diese waren sich hier ihrer organisatorischen Überlegenheit bewußt und wollten gegenüber den Kommunisten die Führung übernehmen.²⁵

20 Siehe die Erinnerungen Hermsdorfs in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 252, und G. BENSER (wie Anm. 1), S. 100.

21 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. LI, und Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), Bezirksparteiarchiv der SED Dresden (SED-BPA Dresden), I/A/018.

22 Vgl. Johannes EMMRICH, *Die Entwicklung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und ihr Kampf um die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Chemnitz vom 8.5.1945 bis Mitte 1948*, Diss. masch., Leipzig 1974, S. 39.

23 Siehe die tagebuchähnlichen Aufzeichnungen der Mitglieder der »Gruppe Ackermann«, Hofmann und Oehler, die sich vom 13.5. bis 7.8.1945 in der Stadt aufhielten, in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/139 und das »Material zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Görlitz« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/034/1-3.

24 Für Freiberg siehe den wahrscheinlich im März 1946 entstandenen Bericht in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/038 und Ute MEISTER, *Der Weg zur Einheit der Arbeiterbewegung in Freiberg (Mai 1945 bis April 1946)*, in: *Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt*, 1981, Heft 3, S. 5-13. Für Riesa siehe den wahrscheinlich im Juni 1945 angefertigten Bericht der Initiativgruppenmitarbeiter Baust und Speiser in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/021 und den Bericht über eine Versammlung vom 11.6.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/035.

25 Für Döbeln siehe den Bericht vom 16.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/038 und das Protokoll der Unterbezirksversammlung vom 3.6.1945 in SächsHStA, SED-BPA

Als Beleg für die in Teilen der Mitgliedschaften beider Parteien populäre Bildung einheitlicher Parteien kann die Entwicklung in den bis Anfang Juli 1945 durch amerikanische Truppen besetzten westlichen Teilen Sachsens, zu denen Leipzig sowie das Vogtland, Zwickau, Glauchau und Hohenstein-Ernstthal gehörten, und dem besatzungslosen Gebiet um Schwarzenberg gewertet werden. Die Ausgangsbedingungen der Kommunisten unterschieden sich hier gravierend von denen im sowjetisch besetzten Gebiet Sachsens, weil die Amerikaner politischer Tätigkeit im allgemeinen restriktiv gegenüberstanden, die Arbeit der KPD behinderten und in einigen Fällen sogar verboten. Dennoch lassen sich hier, wie beispielsweise in Glauchau, Plauen und Zwickau, Bildungen gemeinsamer Parteien von Kommunisten und Sozialdemokraten nachweisen, die sich aber nicht durchsetzen konnten, da in den meisten Orten KPD und SPD getrennte Parteistrukturen aufbauten.²⁶ Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung in Leipzig, denn hier arbeitete ein Teil der Sozialdemokraten mit den Kommunisten und anderen Hitlergegnern aus dem »Nationalkomitee Freies Deutschland« zusammen. Der größte Teil der SPD-Mitglieder stand dieser Bewegung allerdings skeptisch gegenüber und ging schon bald dazu über, die SPD wieder aufzubauen.²⁷ Im unbesetzten Gebiet um Schwarzenberg hatten Kommunisten am 3. Juni 1945 eine Ortsgruppe der KPD gegründet, der sich einige Sozialdemokraten und Angehörige kommunistischer Splittergruppen der Weimarer Republik anschlossen.²⁸

Die »Gruppe Ackermann« mußte sich auch mit den an verschiedenen Orten ausgerufenen sogenannten »Sowjetrepubliken« auseinandersetzen. Hier hatten besonders radikal vorgehende Kommunisten versucht, mit Unterstützung der Roten Armee sofort mit dem Aufbau eines sozialistischen »Sowjetdeutschland« zu beginnen, in dem die Kommunisten die alleinige Führung beanspruchten und eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften ablehnten.²⁹ Das bekannteste Beispiel einer sächsischen »Sowjetrepublik« ist Meißen. Ackermann hat sich in einen unveröffentlichten Erinnerungen ausführlich mit den Ereignissen in der Stadt beschäf-

Dresden, I/A/018. Für Oschatz vgl. die Erinnerungen Trabalskis in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 203 f., sowie den KPD-Bericht vom 19.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/041.

²⁶ Siehe hier die entsprechenden Schreiben der KPD vom März 1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/019, I/A/038 und I/A/041. Für die Entwicklung in Zwickau ist der »Bericht über die Parteiarbeit in Zwickau«, der den Zeitraum vom 21.4.-30.5.1945 umfaßt, aus SAPMO-BA, ZPA, NL 182/855 herangezogen worden.

²⁷ Siehe J. TUBBESING (wie Anm. 4), S. 89-92, und Klaus-Dietmar HENKE, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995, S. 701-714.

²⁸ Siehe Werner GROSS, *Die ersten Schritte. Der Kampf der Antifaschisten in Schwarzenberg während der unbesetzten Zeit Mai-Juni 1945*, Berlin (Ost) 1961.

²⁹ Vgl. F. T. STÖSSEL (wie Anm. 2), S. 126.

tigt.³⁰ Am 27. Mai 1945 hatte er erstmals Meißen aufgesucht, wo der Ortskommandant die Verwaltung als Sowjetorgan bezeichnete und stolz darauf war, daß es nur eine Partei gebe. Nach dem Einmarsch der Roten Armee hatte die KPD versucht, alle Hitlergegner zu einer Partei zusammenzuschließen, die Bildung der SPD verhindert und die Diktatur des Proletariats ausgerufen. Die Stadtverwaltung Meißens firmierte als »Rat der Volkskommissare«. Es gelang hochrangigen Vertretern der Besatzungsmacht und Ackermann nur mit Mühe, die »Sowjetrepublik« aufzulösen.³¹ Ackermann ordnete am 30. Mai 1945 die Einberufung einer Funktionärskonferenz an. »Dort wurde das erste Mal von dem Genossen Ackermann die Notwendigkeit erörtert, daß außer der KPD auch eine SPD in Meißen wie im Landes- und Reichsmaßstab wieder gebildet werden soll. Viele der alten Meißner KPD- und SPD-Genossen konnten diese Auffassung des Genossen Ackermann anfangs nicht verstehen.«³² Andere »Sowjetrepubliken« existierten beispielsweise in Schellerhau im Erzgebirge, Schmiedeberg und Radeburg bei Dresden.³³

Besonders gut kann das Vorgehen der Gruppe Ackermann bei der Steuerung des politischen Neuaufbaus in Dresden untersucht werden. Die Gründung einer einheitlichen Partei wurde hier von einem großen Teil der Mitgliedschaft beider Parteien unterstützt, denn nach der Besetzung der Stadt durch die Rote Armee hatten sich zahlreiche Gruppen aus KPD- und SPD-Mitgliedern gebildet. Die Sozialdemokraten, die sich auf ihre traditionelle Stärke in der Elbestadt stützen konnten, versuchten, die Politik dieser Gruppierungen zu bestimmen. Das gelang anfangs auch, doch die Kommunisten, die sich wegen des sozialdemokratischen Übergewichts zurückgehalten hatten, begannen schon bald mit Unterstützung der sowjetischen Besatzer und der »Gruppe Ackermann« selbstbewußter zu agieren.³⁴ Hermann Matern, der den Aufbau der KPD in Dresden leitete, hatte dennoch große Schwierigkeiten, die Kommunisten Dresdens

30 Siehe die Darstellung Ackermanns »Über meine Erlebnisse und Erfahrungen in Meißen im Mai 1945« vom 15.9.1965 in SAPMO-BA, ZPA, NL 109/5, Bl. 114-124. Daneben wurde hier noch ein Exposé von Alexander Wehowsky, der ab Dezember 1945 KPD-Kreisvorsitzender in Meißen war, über die Geschichte der Meißner Arbeiterbewegung aus dem Jahre 1951 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/1990 herangezogen.

31 Zur Reaktion der Besatzungsbehörden siehe Norman M. NAIMARK, *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945-1949*, Cambridge, Mass., London 1995, S. 265-267.

32 Bericht aus Meißen vom März 1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/041.

33 Vgl. zu Schellerhau G. BENSER (wie Anm. 1), S. 100 f., zu Radeburg den Erinnerungsbericht Erich Glasers in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.041/002, Bl. 263. Die Quellen zu den Ereignissen in Schmiedeberg sind in den Beständen SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/012, I/B/013 und I/B/008 überliefert.

34 Vgl. die Erinnerungen Wends in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 230.

vom Kurs der Parteiführung zu überzeugen und die Auflösung der mit SPD-Mitgliedern gebildeten Gruppierungen durchzusetzen. Wie sich ein Mitarbeiter Materns, Erich Glaser, später erinnerte, war die politische Linie der Dresdner KPD-Mitglieder »nicht immer den augenblicklichen Aufgaben entsprechend.« Den in allen Stadtteilen eingesetzten Kommissionen sei es erst nach längeren Diskussionen gelungen, die »KPD-Genossen« zu bewegen, die »SPD-Genossen davon zu überzeugen, daß sie stillschweigend wieder aus der KPD austreten und die Ortsgruppe der SPD bilden«³⁵.

Matern begründete sein Vorgehen damit, daß eine Wiedergründung von KPD und SPD deshalb erfolgen müsse, weil ein Teil der Sozialdemokraten, der sich nicht in den gemeinsamen Gruppierungen der Anfangszeit engagiert hatte, »unter dem Schutz der westlichen Mächte auf der Gründung einer SPD bestehen« werde. Diese könnte »aber eine Zusammenarbeit mit der KPD vielleicht ablehnen.« Um das zu verhindern, müsse die KPD »vorbeugen« und »einen führenden Kreis in der SPD haben, der mit uns zusammenarbeitet und eine Spaltung von vornherein unmöglich macht«³⁶. Aus diesem Grund behinderte die KPD die Konstituierung der SPD in Dresden so lange, bis mit Otto Buchwitz, der durch die Erlebnisse während seiner Haft zu einem der entschiedensten Verfechter der politischen Einheit der beiden Arbeiterparteien geworden war, eine den Kommunisten genehme Führungsperson zur Verfügung stand.³⁷ Mit der Hilfe von KPD und SMAS übernahm Buchwitz am 9. Juli 1945 den SPD-Landesvorsitz. Bereits am 3. Juli 1945 gründete er gemeinsam mit Matern den Aktionsausschuß von KPD und SPD und vertrat in den Monaten bis zur Vereinigung eine eng an den Vorgaben der KPD orientierte Politik.³⁸

Eine quantifizierende Betrachtung der verschiedenen Handlungsmuster der überlebenden Kommunisten in Sachsen ist wegen der Quellenlage sehr schwierig. Die zahlenmäßige Größe der auftretenden Gruppen sollte allerdings nicht überschätzt werden. Neben der ausgesprochen starken Aktivität der Kommunisten in den genannten Gebieten gab es auch Regionen, in denen sich die überlebenden Kommunisten passiv verhielten und die weitere Entwicklung abwarteten. Nach einer Einschätzung Ulbrichts verhielten sich die meisten KPD-Mitglieder jedoch »sektiererisch«, d.h. sie

35 SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.041/002, Bl. 263 ff.

36 Bericht über eine Besprechung des Genossen Matern in Dresden am 6.7.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/091.

37 Siehe das Schreiben Fischers vom 15.6.1945 an Paul Gärtner in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.03.002. Die Geschichte des Gründungsvorgangs der SPD schätzte die KPD intern mit den Worten ein: »Erst durch weitere Aussprachen mit dem Genossen Buchwitz und anderen SPD-Führern kam es zur Gründung der SPD.« SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/043, Bl. 53.

38 Vgl. die Erinnerungen Kadens in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/37, Bl. 9 und Otto BUCHWITZ, *Brüder, in eins nun die Hände*, Berlin (Ost) 1956, S. 33.

gründeten mit den Sozialdemokraten gemeinsame Parteien oder riefen wie in Meißen »Sowjetrepubliken« aus.³⁹

3. Das Verhältnis von KPD und SPD von der Legalisierung der Parteien durch die SMAD im Juni 1945 bis zur ersten Sechziger-Konferenz Ende Dezember 1945

Nachdem die SMAD im Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 Parteien in der SBZ legalisiert hatte, wandte sich die KPD mit ihrem in Moskau erarbeiteten »Aufruf« am 11. Juni 1945 an die Bevölkerung. Sie forderte gesellschaftliche Umgestaltungsmaßnahmen wie eine Bodenreform und die Enteignung von »Nazibonzen und Kriegsverbrechern« und sprach sich für eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften im »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« aus. Man lehne es ab, »Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen«⁴⁰.

In Sachsen übernahm Matern als Politischer Sekretär der Bezirksleitung die Führung der KPD und trieb den Aufbau der Partei zielstrebig voran. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dabei dem Ausbau eines Schulungssystems, um in der Mitgliedschaft den Kurs der Parteiführung durchzusetzen. Die Bezirksleitung untermauerte ihren Führungsanspruch auch dadurch, daß sie die meisten regionalen und lokalen Leitungen im Land einsetzte. Damit wurden Bestrebungen der in Deutschland gebliebenen Kommunisten, eigene Politikentwürfe in der KPD zu verwirklichen, systematisch ausgeschaltet.⁴¹ Das kann vor allem in den Gebieten beobachtet werden, die nach dem Rückzug der Amerikaner Anfang Juli 1945 durch die Rote Armee besetzt wurden. Das ZK der KPD und die Bezirksleitung setzten in Leipzig den Kurs der Parteiführung durch, indem sie am 18. August 1945 Fritz Selbmann ablösten und als Präsidenten des Landesarbeitsamtes nach Dresden beriefen. An seine Stelle trat Ernst Lohagen, der sich im Umgang mit der »Antifa« in Zwickau für den Posten in Leipzig empfohlen hatte.⁴² Besonderen Wert legte Matern auf die Einrichtung von KPD-Betriebsgruppen, die dann später bei der Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD eine wichtige Rolle spielten. Im August 1945 war der Aufbau der KPD-Parteiorganisation abgeschlossen.⁴³

39 Siehe F. T. STÖSSEL (wie Anm. 2), S. 26.

40 Vgl. den Aufruf in P. ERLER u.a. (wie Anm. 5), S. 390-397.

41 Siehe dazu insbesondere die Protokolle der Sekretariatssitzungen der Bezirksleitung Sachsen der KPD vom 14.8. und 21.8.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/004.

42 Vgl. J. TUBBESING (wie Anm. 4), S. 99.

43 Siehe G. BENSER (wie Anm. 1), S. 190.

Das Schwergewicht der Arbeit der KPD lag im Sommer 1945 jedoch beim Aufbau der Verwaltungen. Zum Präsidenten der im Juli 1945 gebildeten Landesverwaltung wurde zwar der Sozialdemokrat Rudolf Friedrichs ernannt, auch wurden die bürgerlichen Parteien bei der Postenvergabe berücksichtigt, der Kommunist Dr. Kurt Fischer erhielt jedoch als Erster Vizepräsident die Abteilungen Inneres und Volksbildung und damit die Zuständigkeit für die Personalpolitik.⁴⁴ Nach den Worten Fischers war die Landesverwaltung »eine der wichtigsten Positionen zur Durchführung des Programms unserer Partei«. Deshalb befänden sich auch alle wichtigen Posten in den Händen der KPD.⁴⁵ Friedrichs hatte aus diesem Grund »fast täglich« mit den Kommunisten Zusammenstöße.⁴⁶ Auch auf lokaler Ebene dominierten die Kommunisten in den Spitzenpositionen der Verwaltungen. Von den 30 Landräten Sachsens gehörten Ende 1945 insgesamt 19 der KPD, sieben der SPD und je einer der CDU und der LDP an. Die übrigen galten als parteilos.⁴⁷

Der rigorosen Personalpolitik der KPD in den Verwaltungen konnten die Sozialdemokraten anfangs wenig entgegensetzen, da sie nicht auf die Unterstützung der Besatzungsmacht zählen konnten. Der Aufbau der SPD wurde vielmehr von KPD und SMAS in vielen Orten behindert. Die KPD wollte ein Wiedererstehen der »alten« SPD mit allen Mitteln verhindern. Alle Führungspersonlichkeiten, die eine Zusammenarbeit mit der KPD ablehnten, sollten isoliert werden. Die unteren Gliederungen der KPD wurden angewiesen, darauf zu achten, daß sich die Mitgliedschaft der SPD nicht nur aus einem »rechten Haufen« zusammensetzte.⁴⁸

Um die Politik der SPD besser kontrollieren zu können, hatte die SMAD die Bildung von Landesverbänden angeordnet, die es vor 1933 in der SPD nicht gegeben hatte. Das sorgte für große Verwirrung innerhalb der SPD, die durch die KPD und die Besatzungsbehörden oft geschickt ausgenutzt wurde, um Bezirksverbände und Landesvorstand gegeneinander auszuspielen.⁴⁹ Das zeigte sich schon bei den Vorgängen um die Zulassung einer SPD-Parteipresse, da die Sozialdemokraten in dieser Frage keinen einheitlichen Standpunkt vertraten. Die SMAS konnte so die Versuche der Leipziger SPD-Führung, die traditionsreiche »Leipziger Volkszeitung« als eigene Bezirkszeitung beizubehalten, verhindern und statt dessen ab dem 11. September 1945 mit der dem Landesvorstand zugeordneten Zeitung »Die

44 Siehe Helga A. WELSH, *Sachsen*, in: M. BROZAT/H. WEBER (wie Anm. 2), S. 142.

45 Vortrag Fischers vom 26.11.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/007.

46 W. MÜLLER, *Sozialdemokratische Politik* (wie Anm. 2), S. 185.

47 Vgl. G. BENSER (wie Anm. 1), S. 271.

48 So Matern am 1.7.1945 auf einer KPD-Konferenz; in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.5.002.

49 Vgl. A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. XXX f.

Volksstimme« ein ihr genehmes Presseerzeugnis herausgeben lassen.⁵⁰ Die Einflußnahme der Besatzungsmacht auf die Politik der SPD war sehr vielschichtig und reichte von der Teilnahme von Offizieren an Sitzungen der unterschiedlichen Parteigremien bis zu Verhören und Verhaftungen von Parteimitgliedern, die sich den »Hinweisen« und Befehlen »der Freunde« widersetzen. Außerdem wurde von seiten der Roten Armee versucht, durch spezielle Zuteilungen von Lebensmitteln, den »Pajoks«, an ausgewählte Funktionäre deren Politik zu beeinflussen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß Otto Buchwitz mit Hilfe von SMAS und KPD an die Spitze des Landesvorstandes gelangte. Er fand jedoch in diesem Gremium keine Mehrheit für seinen an die Politik der KPD angelehnten Kurs und blieb deshalb immer auf die Hilfe von Kommunisten und sowjetischen Offizieren angewiesen. Interessant sind die Versuche einzelner Vorstandsmitglieder der SPD, eigene politische Akzente zu setzen. Clemens Dölitzsch, der aus »gesundheitlichen« Gründen die Führung eines SPD-Gründungszirkels aufgegeben hatte und so den Weg für Buchwitz freimachte, plädierte schon frühzeitig für eine enge Anlehnung der sächsischen SPD an die Brillsche Konzeption in Thüringen. Hermann Brill betrachtete die beiden Parteien KPD und SPD als historisch überholt, denn ein sozialistischer Neuaufbau Deutschlands sollte seiner Meinung nach auf der Grundlage der antifaschistischen Volksausschüsse erfolgen. Weiter kursierten Gerüchte, daß den Sozialdemokraten aus den Reihen der CDU und der LDP angeboten würde, eine gemeinsame Partei gegen die Kommunisten zu bilden. Angesichts der machtpolitischen Realitäten in der SBZ konnten diese Bestrebungen nicht umgesetzt werden.⁵¹

Der Landesvorstand der SPD hatte in den ersten Wochen nach dem Ende des Dritten Reiches nur geringen Einfluß auf den Wiederaufbau der SPD-Parteioorganisationen in Sachsen, der vor allem vom Verhalten der örtlichen Gliederung von Besatzungsmacht und KPD abhängig war. Im folgenden soll am Beispiel von Leipzig und Zittau die Entstehung der SPD-Gliederungen skizziert werden.

In Leipzig begann der Mitte August 1945 durch Matern eingesetzte neue KPD-Vorsitzende Ernst Lohagen gegenüber der SPD eine Politik der Konfrontation, die schon bald zu einem gespannten Verhältnis zwischen beiden Parteien führte. Dazu hatten nicht zuletzt die massiven Behinderungen durch die sowjetische Kommandantur und die in ihrem Fahrwasser agierenden Kommunisten beigetragen, die die Lizenzierung des Leipziger

⁵⁰ Siehe EBD., S. LIII.

⁵¹ Vgl. hier vor allem das Protokoll der Sitzung des SPD-Landesvorstandes vom 7.9.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.03.002.

Bezirksvorstandes der SPD verzögerten.⁵² Im Gegensatz zur KPD, die noch lange mit dem Problem des »Sektierertums« konfrontiert war, worunter im Parteijargon linke Abweichungen von der durch die Parteiführung vorgegebenen politischen Linie verstanden wurden,⁵³ konnten sich die führenden Funktionäre der Leipziger SPD wie der Bezirksvorstandsvorsitzende Stanislaw Trabalski, das Mitglied des Landesvorstandes Rudolf Rothe oder der Gewerkschaftsfunktionär Erich Schilling bald auf eine breite Mehrheit der Mitglieder stützen, die ihren auf Distanz zur KPD gehenden Kurs mittrugen.

In Zittau konnten sich Besatzungsmacht und KPD leichter gegen die Sozialdemokraten durchsetzen. In vielen Orten des Kreises hatten Sozialdemokraten und Kommunisten einheitliche Parteien gebildet. Das kann für Oybin, Oberseifersdorf und Eckartsberg auch dokumentarisch belegt werden.⁵⁴ Bei der Untersuchung der Motive der Sozialdemokraten muß aber berücksichtigt werden, daß neben der Absicht, die für Hitlers Machtergreifung verantwortlich gemachte politische Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung zu überwinden, die Bildung einer gemeinsamen Partei die einzige Möglichkeit für politische Betätigung darstellte, weil die Kommunisten zusammen mit der Besatzungsmacht sozialdemokratische Organisationen massiv behinderten. Nach der Konstituierung der SPD auf Zonen- und Landesebene mußte die KPD auch in Zittau die Gründung einer SPD-Ortsgruppe zulassen, die die Kommunisten jedoch nicht den Sozialdemokraten selbst überlassen wollten. Sie beschlossen deshalb am 18. Juni 1945, daß der ehemalige Sozialdemokrat Otto Herrmann, der 1945 der KPD beigetreten war, die Bildung der SPD steuern sollte.⁵⁵ Die Sozialdemokraten wurden am 13. Juli 1945 in einem Schreiben über die von der KPD gewünschte Vorgehensweise folgendermaßen informiert: »Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Zittau, wird von der Kommunistischen Partei gebildet.«⁵⁶ Am 17. Juli 1945 drängte die KPD, daß nun endlich »frühere sozialdemokratische Genossen, die bereits zu uns gestoßen sind, für den Aufbau einer wirklich revolutionären sozialdemokratischen Partei zu Verfügung« gestellt würden. Dafür waren vier KPD-Mitglieder vorgesehen, von denen einer sich »nicht durchringen« konnte. Herrmann, der die »schwerste Aufgabe, die einem

52 Vgl. den Briefwechsel der Leipziger SPD-Führung mit der Kommandantur in A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 57-61.

53 Siehe dazu die »Übersicht« der Propagandabteilung der SMAD vom 8.11.1945 in Bernd BONWETSCH/Gennadii BORDIUGOV/Norman M. NAIMARK (Hrsg.), *SVAG-Upravlenie propagandy (informatsii) i S.I.Tiulpanov 1945-1949*, Moskau 1994, S. 30.

54 Vgl. »Die Geschichte unserer Partei vom Mai 1945 bis März 1946 im Kreis Zittau« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.30/007.

55 Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/091.

56 SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/013, Bl. 4. Das Schreiben ist auch bei A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 56 veröffentlicht.

gestellt werden kann«, auf sich nahm, wollte eine SPD aufbauen, an der »auch die SPD-Mitglieder ihre Freude [...] haben werden [sic!]«⁵⁷.

Erste Erfolge konnte die KPD schon am 25. Juli 1945 verbuchen, als die Sozialdemokraten unter dem Einfluß Herrmanns erklärten, daß die jetzige SPD mit ihrem früheren Programm nichts mehr gemeinsam habe und sich in Zukunft auf das »Aktionsprogramm der KPD« stützen werde.⁵⁸ Das Vorgehen der KPD in Zittau war kein Einzelfall, denn auch in Großschönau trafen sich Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer »zwanglosen Aussprache über die Bildung einer SPD nach den Richtlinien des ZK der KPD«⁵⁹.

Die vielfältigen Behinderungen hatten dazu geführt, daß die SPD ihre Aufbauphase wesentlich später als die KPD abschließen konnte. Auf dem ersten Landesparteitag der SPD Sachsens vom 5.-7. Oktober 1945 in Freital verhinderten die anwesenden Besatzungsoffiziere Kritik an der Politik der KPD und setzten Buchwitz als Landesvorsitzenden durch.⁶⁰

Eines der wichtigsten Konfliktfelder zwischen SPD und KPD war die kommunistische Personalpolitik in den Verwaltungen. Dadurch spitzte sich das Verhältnis beider Parteien so zu, daß Matern der SPD am 30. August 1945 zusagen mußte, bei der Neubesetzung von freiwerdenden Stellen in Zukunft eine paritätische Besetzung der Verwaltungsposten anzustreben.⁶¹ Es gibt allerdings genügend Beispiele für die weiter andauernden Benachteiligungen der SPD bei der Stellenvergabe.⁶²

Auch bei der Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform in Sachsen fühlte sich die Mehrzahl der SPD-Ortsgruppen vom Vorgehen der KPD »überfahren« und verhielt sich passiv.⁶³ In einigen Fällen entwickelten die Sozialdemokraten jedoch eigene Vorstellungen über die Veränderung der Eigentumsstrukturen auf dem Lande. Der Chemnitzer Bezirksvorstand der SPD sprach sich beispielsweise gegen die Schaffung neuen Privateigentums aus und plädierte für eine genossenschaftliche Bewirtschaftung der enteigne-

57 SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/072.

58 SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/013, Bl. 7.

59 Protokoll vom 31.7.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/091.

60 Siehe den Parteitagebericht in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/B/3.009 und die Erinnerungen Trabalskis in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 205.

61 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 66 f.

62 An dieser Stelle soll nur auf die Vorgänge im Zusammenhang mit der Ernennung des Kommunisten Oehme zum Görlitzer Oberbürgermeister im September 1945 hingewiesen werden, denn hier wurde dem Kandidaten der SPD, Ressel, von der KPD »Postenstellensucht« vorgeworfen. Das nahm der Präsident der Landesverwaltung, der Sozialdemokrat (!) Friedrichs, zum Anlaß, Oehme zu ernennen. Siehe SächsHStA, Landesregierung Sachsen (LRS), Ministerpräsident (MP), Nr. 505, Bl. 32-38.

63 Siehe z.B. eine Mitteilung vom 1.11.1945 an den SPD-Vorsitzenden von Zittau in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/B/3.012.

ten Bodenflächen.⁶⁴ Gegen derartige Bestrebungen wandte sich die KPD mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln, wie u.a. das Beispiel Borna zeigt, wo sozialdemokratischer »Widerstand« zu »personellen Konsequenzen im Landratsamt« führte.⁶⁵

Das Vorgehen der KPD bei der Durchführung der Bodenreform und die kommunistische Personalpolitik in den Verwaltungen führten im Herbst 1945 dazu, daß der Gedanke der Schaffung einer gemeinsamen Partei mit der KPD bei der SPD weitgehend an Bedeutung verlor und die SPD-Führung, die sich durch den großen Zuspruch, den ihre Partei in der Bevölkerung der SBZ erfuhr, gestärkt fühlte, ihren Führungsanspruch betonte und sich von der Politik der KPD distanzierte.⁶⁶

Die KPD reagierte darauf mit einer Änderung ihres Kurses. Sie setzte nun die Vereinigung beider Parteien auf die politische Tagesordnung, da ihr die Bestrebungen der SPD nicht mehr beherrschbar erschienen.⁶⁷ Dazu hatten auch die Wahlniederlagen der kommunistischen Parteien in Österreich und Ungarn beigetragen. Durch die Ausschaltung der SPD als selbständiger politischer Kraft hofften SMAD und KPD, eine Wiederholung dieses Desasters bei Wahlen in der SBZ zu vermeiden.⁶⁸ Ackermann schwor die sächsische Bezirksleitung der KPD am 9. November 1945 in Dresden auf den neuen Kurs ein und betonte, daß die Umgestaltung in Deutschland nur mit einer »revolutionären Partei« nach dem Vorbild der KPdSU vollendet werden könne. Da die SPD »keine kämpferische Partei« sei, müsse die KPD die »Einheit der Arbeiterklasse« herstellen.⁶⁹

Die Lage in Sachsen unterschied sich von der in den anderen Ländern und Provinzen der SBZ, weil sich die KPD hier in besonderem Maße auf den SPD-Landesvorsitzenden Buchwitz stützen konnte, der im Dezember 1945 eine Entspannung im Verhältnis zur KPD beobachtete, während seine Vorstandskollegen immer wieder die Benachteiligungen der SPD kritisierten.⁷⁰ Diese Differenzen im SPD-Landesvorstand verhinderten in den fol-

64 Siehe Willi GLIER, *Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Kampf um die Schaffung der revolutionären Einheitspartei auf dem Gebiet des heutigen Bezirkes Karl-Marx-Stadt (Mai 1945 bis April 1946)* (Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Karl-Marx-Stadt der SED 1945-1961, Kapitel I), Karl-Marx-Stadt 1984, S. I/39.

65 Bericht aus Borna in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/038.

66 Ein Höhepunkt war sicherlich die Rede Grotewohls am 11.11.1945. Siehe Andreas MALYCHA (Hrsg.), *»Hier stehe ich, ich kann nicht anders!« Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (BzG) 34 (1992), S. 167-184.

67 Eine Änderung des Kurses der KPD kann bereits seit dem 28.9.1945 beobachtet werden. Vgl. Hans-Joachim KRUSCH, *Für eine neue Offensive. Zur Septembertagung 1945 der KPD*, in: BzG 22 (1980), S. 349-360.

68 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. LXXII.

69 Vortrag Ackermanns über »Die Lehre von der Partei« vom 9.11.1945 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/003.

70 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. LXXIX.

genden Monaten ein einheitliches Auftreten der sächsischen Sozialdemokraten.

Bis zum Dezember 1945 war es der KPD-Führung nicht gelungen, sich mit dem Zentralausschuß der SPD über die Bildung einer gemeinsamen Partei zu einigen. Obwohl die SMAD die sozialdemokratische Parteiführung stark unter Druck setzte, brachte die erste Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember 1945 in Berlin, an der je 30 Funktionäre beider Parteien aus den Parteiführungen in Berlin und den Ländern teilnahmen, für die Kommunisten keinen Durchbruch, denn die Sozialdemokraten hatten aus dem kommunistischen Entschließungsentwurf alle Passagen gestrichen, die konkrete Festlegungen zur Vereinigung enthielten. Das betraf die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten bei Wahlen und die Nennung eines konkreten Vereinigungstermins. Die Sozialdemokraten hatten außerdem den Beschluß durchgesetzt, daß die Gründung einer gemeinsamen Partei nur im Reichsmaßstab erfolgen könne. Sie hatten sich damit fürs erste den Bestrebungen der KPD widersetzt, die die Vereinigung auf Landesebene erlauben wollte. Dennoch entstand in den unteren Parteigliederungen der Eindruck eines Einvernehmens zwischen Zentralausschuß und kommunistischer Parteiführung.⁷¹

4. Die Entwicklung des Verhältnisses beider Parteien bis zur zweiten Sechziger-Konferenz im Februar 1946

Die KPD setzte die Einheitskampagne auf Befehl der SMAD fort und verstärkte den Druck auf die sozialdemokratische Führung, um nun »mindestens im Landes- oder Provinzmaßstabe« beide Parteien zu vereinigen. Dazu sollte der Zentralausschuß der SPD von den Bezirksverbänden isoliert werden.⁷² Im Rahmen dieser Strategie nahm der sächsische SPD-Landesvorsitzende Otto Buchwitz eine Schlüsselstellung ein, denn Matern wollte, gestützt auf sein gutes Verhältnis zu ihm, mit »Differenzierung[en]« die Machtverhältnisse innerhalb der sächsischen SPD durch eine Unterstützung der Befürworter einer Parteienfusion und die Isolierung von deren Gegner zu Gunsten der KPD verändern. Matern hoffte, den Widerstand

⁷¹ Das Protokoll liegt in zwei Editionen von Gert GRÜNER/Manfred WILKE (Hrsg.), *Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD in Berlin 1945/46*, München ²1986, und von Hans-Joachim KRUSCH/Andreas MALYCHA (Hrsg.), *Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946*, Berlin 1990, S. 58-155, vor. Die neuere Edition enthält auch den Entschließungsentwurf der KPD, S. 40-49, und die verabschiedete Entschließung, S. 156-164. Zum Einfluß der SMAD siehe die Erinnerungen Trabalskis bei B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 210.

⁷² So Pieck am 4.1.1946 in G. BENSER/H.-J. KRUSCH (Hrsg.), *Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats* (wie Anm. 3), S. 632.

der SPD durch eine gemeinsame Veranstaltung beider Parteien in Dresden brechen zu können, denn die sächsischen Kommunisten wollten eine regionale Vereinigung vorschlagen und damit die Vereinbarungen der ersten Sechziger-Konferenz unterlaufen.⁷³

Die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Sachsen wurde durch die von Matern geforderte Veranstaltung beider Parteien, der sogenannten »Konferenz der 3.000« am 15. Januar 1946, geprägt. Das Vorgehen der beiden Landesvorsitzenden stieß auf den entschiedenen Widerstand des Leipziger SPD-Bezirksvorstandes, der eine Teilnahme an der Veranstaltung ablehnte und sich mit seiner Weigerung auf eine Mehrheit der Mitglieder stützen konnte. Trabalski versuchte, auch die Chemnitzer SPD von seinem Kurs zu überzeugen, blieb damit aber erfolglos.⁷⁴

Da die KPD dafür gesorgt hatte, daß nur ihr genehme Teilnehmer auf die Konferenz gelangten, war das Ergebnis schon vorgegeben. Dennoch konnten kritische Stimmen aus der SPD nicht gänzlich ausgeschaltet werden, die die Benachteiligungen in den Verwaltungen kritisierten, gleichzeitig allerdings ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Vereinigung betonten. Die Versammlung beschloß in ihrer Entschließung praktisch die organisatorische Vereinigung beider Parteien, denn ein gemeinsames Büro sollte »die Arbeit der beiden Arbeiterparteien in volle Übereinstimmung« bringen.⁷⁵

Diesem Vorgehen konnte die SPD in Anbetracht der tatsächlichen Machtverhältnisse in der SBZ nur wenig entgegensetzen. Dennoch versuchten viele Sozialdemokraten, sich durch Passivität und den Hinweis, erst zentrale Vorgaben abwarten zu müssen, den Aufforderungen der KPD nach engerer Zusammenarbeit zu entziehen. Seit Januar 1946 kann jedoch ein Anwachsen der ablehnenden Haltung und des verdeckten Widerstandes vieler Sozialdemokraten auf regionaler und lokaler Ebene beobachtet werden. So richtete sich die Kritik beispielsweise in Dippoldiswalde und Hoyerswerda gegen die von den Kommunisten vorgegebenen Modalitäten des Zusammenschlusses.⁷⁶ In einigen Orten wie in Hoyerswerda und Niesky forderte die SPD vor einer Vereinigung Wahlen, um die Stärke beider Parteien bestimmen zu können.⁷⁷ Interessant sind in diesem Zusammenhang Hinweise, daß auch

73 Siehe die Rede Materns vom 7.1.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/011, Bl. 105-124.

74 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 300 f.

75 Vgl. das Protokoll der Kundgebung in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/008, sowie die Erinnerungen Trabalskis an den Verlauf der Veranstaltung in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 210 f.

76 Vgl. SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/010, Bl. 14.

77 Siehe den Bericht vom 18.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.007.

besonders radikale Kommunisten in Großenhain und Oelsnitz die Einheit ablehnten.⁷⁸

Quantifizierende Angaben zum Verhältnis von Befürwortern und Gegnern der Einheit in der SPD lassen sich allerdings nur schwer aus den Quellen gewinnen. Zumindest in den sächsischen Großstädten wird man von einem Übergewicht der Gegner der Vereinigung ausgehen können, denn in Leipzig konnte sich mit Trabalski einer der entschiedensten Gegner der KPD im Bezirksvorsitz behaupten und in Chemnitz erzielten die Befürworter der Vereinigung mit den Kommunisten bei den Wahlen zum Bezirksvorstand am 2. Februar 1946 nicht die erforderlichen Delegiertenstimmen.⁷⁹

In Dresden war die Situation unübersichtlicher. Hier lassen sich, im Gegensatz zu Leipzig, zahlreiche Beispiele für eine Zusammenarbeit mit der KPD anführen.⁸⁰ Doch auch in der Landeshauptstadt konnten die Gegner der Kommunisten, wie der Freitaler Oberbürgermeister Arno Hennig, der Dresdner SPD-Unterbezirksvorsitzende Arno Wend und der Zweite SPD-Landesvorsitzende Arno Haufe, den Kurs der SPD beeinflussen. Am 9. Februar 1946 lehnte Arno Wend auf einer gemeinsamen Funktionärskonferenz von KPD und SPD die schnelle Vereinigung beider Parteien ab, weil sie zur »Zerreißung« Deutschlands führe. Er bestand darauf, daß nur ein Reichsparteitag über die Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei befinden könne.⁸¹

Gerade am Beispiel Dresdens können die Auseinandersetzungen um die Abhaltung einer Urabstimmung als Anzeichen für den weit verbreiteten sozialdemokratischen Widerstand gegen die Politik der KPD betrachtet werden. Der erweiterte SPD-Landesvorstand hatte am 21. Januar 1946 beschlossen, daß die Mitgliedschaft das Recht habe, »in Urabstimmungen zur Frage der Vereinigung Stellung zu nehmen« und damit auf den einstimmig angenommenen Antrag einer SPD-Unterbezirkskonferenz in Dresden vom 20. Januar 1946 auf Durchführung einer Urabstimmung zur Frage der Vereinigung reagiert.⁸² Das ist die bislang einzige für Sachsen nachgewiesene einstimmige Annahme des Beschlusses einer Urabstimmung.⁸³

78 Vgl. die Berichte der Kreisleitung Oelsnitz vom 28.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/019 und aus Großenhain in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/002, Bl. 52.

79 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 330.

80 Vgl. die entsprechenden Dokumente in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/019/1. Es ist jedoch zu beachten, daß die SPD solche Vereinbarungen oft nicht freiwillig abschloß.

81 Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/019/1. Aus den Berichten in diesem Bestand geht hervor, daß Wend von der Polizei überwacht wurde.

82 Zur Sitzung des Landesvorstandes siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. XC, zur Unterbezirksversammlung siehe »Bericht über die Unterbezirkskonferenz am 20.1.1946« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.002.

83 So Kaden in seinen Erinnerungen in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/37, Bl. 34.

Gerade diese demokratischen Willensbildungsprozesse verdeutlichen die isolierte Position von Buchwitz, der jede weitere Verzögerung des Vereinigungsprozesses entschieden ablehnte und am 23. Januar 1946 in einem Brief an Grotewohl ausführte, daß er »nicht mitschuldig werden [wolle], wenn diesmal wieder die Arbeiterklasse um ihr Recht gebracht wird«⁸⁴. Nach Einschätzung der KPD brachte er damit 80 % der SPD-Funktionäre gegen sich auf.⁸⁵ Seine wichtigsten Opponenten, Trabalski, Wend und Henning, betrieben deshalb Mitte Januar 1946 seine Absetzung, blieben damit allerdings erfolglos.⁸⁶

Gegen diese Bestrebungen konnte sich die KPD auch mit einer mit Buchwitz abgestimmten Versammlungswelle nicht durchsetzen. Nachdem sich der Zentrallausschuß der SPD am 15. Januar 1946 gegen eine »organisatorische Vereinigung beider Arbeiterparteien im Bereich von Bezirken, Provinzen, Ländern oder einer Besatzungszone« ausgesprochen und diese Frage dem »Beschuß eines Reichsparteitages« anheimgelegt hatte⁸⁷, verschärfte die SMA ihren Druck auf die SPD. Am 23. Januar 1946 wurde Pieck von Generalleutnant Bokow, einem Stellvertreter Shukows, von der Anweisung Stalins unterrichtet, daß die KPD sich bei der »Vereinigung der beiden Arbeiterparteien beeilen« müsse. Dazu sollten die Kommunisten mit einer »sorgfältigen Taktik« eine »scharfe Kampagne« gegen ihre Gegner in der SPD beginnen und diese dadurch »isolieren«⁸⁸. Die Eingriffe der Besatzungsmacht in Sachsen können mit einigen Beispielen belegt werden. Die SMAS drohte Trabalski, daß sie »es in der Hand« hätte, die SPD »wie Dreck zu zerdrücken«⁸⁹. Das waren keine Einzelfälle, denn auch in Borna bezeichnete der Kommandant das Verhalten des SPD-Unterbezirksvorsitzenden als »faschistisch«, weil dieser das Vorgehen der Kommunisten mit dem der Nazis verglichen hatte, und enthob ihn seines Postens.⁹⁰ Ähnliche Vorfälle lassen sich auch in Kamenz und Stollberg nachweisen.⁹¹ Durch

84 Andreas MALYCHA (Hrsg.), *Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Dokumentation Teil I*, Berlin 1990, S. 16-18.

85 Siehe das Schreiben der Bezirksleitung Sachsen an das ZK der KPD vom 22.1.1946 über eine Vorstandssitzung der SPD, an der auch 28 Parteischüler teilnahmen, in SAPMO-BA, ZPA, NL 182/855, Bl. 150.

86 Siehe die Erinnerungen von Wend und Trabalski bei B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 232 und S. 212.

87 Siehe H.-J. KRUSCH/A. MALYCHA (wie Anm. 71), S. 172.

88 R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 3), S. 63 f.

89 B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 213.

90 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 314 f.

91 Vgl. den Bericht der KPD aus Stollberg vom 17.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/041, und den Bericht der Kamenzer KPD vom 28.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/019.

diese Maßnahmen der SMAS hatte die SPD nach Einschätzung Trabalskis ihre »Bewegungsfreiheit« verloren.⁹²

Das war besonders bei den Wahlen zu den FDGB-Leitungen im Dezember 1945 deutlich geworden, deren Ablauf schon am 22. Oktober 1945 zwischen Pieck und SMAD-Vertretern erörtert worden war. Sie hatten festgelegt, daß die Wahlen so »oft wiederholt« werden sollten, bis die KPD eine Mehrheit erreicht hätte.⁹³ Bevor die KPD in Sachsen mit der Umsetzung dieser Vorgaben begann, wurde der sozialdemokratische Vorsitzende des Landesausschusses des FDGB, Otto Seiffert, im Dezember 1945 abgelöst.⁹⁴ Bei den Wahlen zum Landesvorstand des FDGB am 26./27. Januar 1946 erzielte die KPD durch Manipulationen eine Mehrheit, obwohl die Sozialdemokraten die Masse der Delegierten stellten.⁹⁵

Bereits einen Tag später, am 28. Januar 1946, erzwangen Matern und Buchwitz ein Treffen der Landes- und Bezirksleitungen beider Landesparteien in Dresden, um den letzten Widerstand vor allem der Leipziger Sozialdemokraten zu brechen.⁹⁶ Beide Parteiführer konnten ein einheitliches Auftreten der Sozialdemokraten auf diesem Treffen verhindern. Sie fanden mit ihrer Forderung, »die Vereinigung in Sachsen so schnell als möglich« herbeizuführen, bei dem Präsidenten der Landesverwaltung, Friedrichs, dem Görlitzer Bezirksvorsitzenden Rausch, dem Chemnitzer Bezirksvorsitzenden Friedel und Hartzsch aus Mylau Rückhalt, während Haufe, Wend, Hennig, Trabalski und Bretthorst energisch widersprachen und von Matern als »Saboteure« beschimpft wurden. Mit Hilfe der anwesenden sowjetischen Offiziere konnte sich Matern mit seiner Ansicht durchsetzen, daß der Leipziger SPD-Bezirksvorstand die Beschlüsse des SPD-Landesvorstandes ausführen müsse. Abschließend beschlossen beide Gremien die Bildung eines »Einheitsbüros«⁹⁷.

Nach diesem Treffen verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD Ende Januar/Anfang Februar 1946 weiter, denn die Mehrheit der Sozialdemokraten bestand nach Meinung von SPD-Landesvorstandsmitgliedern weiter auf der Einhaltung der Beschlüsse der

92 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. XCII.

93 Siehe R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 3), S. 61.

94 Siehe SächsHStA, LRS, MP, Nr. 517, Bl. 29-32.

95 Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 434.

96 Ein ausführliches Protokoll des Treffens befindet sich in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/009, das auch bei A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 315-344 ediert ist. In SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.001, ist ein weiteres Protokoll überliefert, das in einigen Teilen vom o.g. abweicht und interessante Ergänzungen bringt. Ein erkennbarer Grund für die unterschiedlichen Fassungen ist jedoch nicht evident.

97 Die Teilnahme der Offiziere geht aus dem Protokoll einer Besprechung zwischen Buchwitz und den Geschäftsführern der SPD-Pressetriebe Heim und Barke hervor, daß am Abend des 28.1.1946 stattfand. Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.001.

ersten Sechziger-Konferenz und propagierte einen Reichsparteitag. Die Ansicht, die Vereinigung innerhalb der SBZ oder nur in Sachsen zu vollziehen, würde lediglich von einer Minderheit der Mitgliedschaft vertreten.⁹⁸

Bis Mitte Februar 1946 konnten sich jedoch die Befürworter der Vereinigung in der SBZ innerhalb der SPD durchsetzen. Als Grotewohl, der sich vergeblich um Unterstützung von Schumacher aus dem Westen bemüht hatte, von einem geheimen Treffen der Vorsitzenden von KPD und SPD von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt am 8. Februar 1946 in Leipzig erfahren hatte, gab er auf der folgenschweren Sitzung des Zentralausschusses mit den Landesvorsitzenden der SPD am 10./11. Februar 1946 seinen Widerstand gegen eine Vereinigung in der SBZ auf.⁹⁹

Angesichts dieser Umstände mußten nun auch die entschiedensten Gegner von Buchwitz resignieren: »Es bleibt uns«, meinte Haufe, »also nichts anderes übrig, als im russischen Sektor die Einigung durchzuführen«¹⁰⁰. Nachdem die innerhalb der Leipziger SPD-Führung diskutierte Selbstauflösung der Partei wegen der zu erwartenden Repressionsmaßnahmen als unrealistisch verworfen worden war,¹⁰¹ versuchten Buchwitz' Gegner, Zeit zu gewinnen, weil sie den Einfluß der SPD in der neuen Partei sichern wollten. Für Arno Wend konnte es »unter gar keinen Umständen in Frage kommen, daß die Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei einfach auf die neue Partei übertragen werden«¹⁰². Doch nicht nur die Führungszirkel forderten Veränderungen am Parteistatut, mehr innerparteiliche Demokratie und eine Wahl der Leitungen der neuen Partei, sondern auch von der Parteibasis sind derartige Bestrebungen überliefert.¹⁰³

Die Chancen der SPD, sich gegen die KPD durchzusetzen, waren äußerst gering. Das Programm der Einheitspartei war bei den Gesprächen Ulbrichts mit Stalin Ende Januar/Anfang Februar 1946 in Moskau bestätigt worden, und in den folgenden Wochen entfaltete die KPD eine beispiellose Propagandakampagne.¹⁰⁴ In diesen Zusammenhang muß der von Ackermann im Februar 1946 veröffentlichte Artikel »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« betrachtet werden, in dem er die

98 Die Einschätzung des Meinungsbildes der Mitgliedschaft wurde von Meißner auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes der SPD am 4.2.1946 zur Diskussion gestellt. Vgl. A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 434.

99 Siehe L. CARACCILO (wie Anm. 2), S. 311, sowie E. W. GNIFFKE (wie Anm. 2), S. 139-145, und die Erinnerungen Trabalskis in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 212, der die Meinung vertritt: »Schumachers Haltung hat uns das Rückgrat gebrochen.«

100 So Haufe am 13.2.1946 in A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 440.

101 Siehe die Erinnerungen Trabalskis bei B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 215.

102 Wend am 18.2.1946 in einem Schreiben an Buchwitz und Haufe in A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 443.

103 Siehe beispielsweise das Schreiben der Leipziger SPD-Führung an die Kommandantur vom 21.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.007.

104 Siehe R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 3), S. 68.

These vertrat, daß in Deutschland andere Bedingungen als in Rußland vorlägen und diese einen eigenständigen Weg zum Sozialismus erlauben würden. In der Forschung wird schon lange auf die Bedeutung der Thesen Ackermanns im »politisch-psychologischen Bereich« hingewiesen. Die KPD wollte mit diesen Thesen den Sozialdemokraten den Weg in die Einheitspartei erleichtern.¹⁰⁵ Betrachtet man nämlich die Äußerungen der kommunistischen Führung in ihrer Gesamtheit, dann wird deutlich, daß die KPD nicht vom Marxismus-Leninismus abrückte und diesen auch als das Fundament der Einheitspartei betrachtete. Der Vorsitzende der Zittauer KPD-Unterbezirksleitung, Reinhold Hentschke, brachte das unverblümt zum Ausdruck: »Wir als Kommunisten sind noch dieselben wie früher. Wir haben uns nicht geändert, und wir dürfen uns auch nicht ändern.«¹⁰⁶ Ein Teil der Funktionäre und wohl auch Ackermann selbst glaubten allerdings an die Möglichkeit eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus.¹⁰⁷ Ende Februar 1946 waren die grundsätzlichen Auseinandersetzungen beendet, und die zweite Sechziger-Konferenz legte am 26. Februar 1946 in Berlin die endgültigen Termine der Vereinigung in den Ländern (6./7. April 1946) und für die gesamte SBZ (21./22. April 1946) fest.¹⁰⁸

5. Die letzte Phase des Vereinigungsprozesses in Sachsen

Auf der Reichskonferenz der KPD vom 2./3. März 1946 wurden die Mitglieder noch einmal mit dem Kurs der Parteiführung vertraut gemacht und aufgefordert, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.¹⁰⁹ Kurz vor dem Abschluß des Vereinigungsprozesses wurde Matern nach Berlin berufen, und Wilhelm Koenen übernahm die Leitung der sächsischen KPD. Die sächsische KPD-Führung wies ihre Mitglieder an, auch in der letzten Phase der Vereinigung die Arbeit in den Betrieben nicht zu vernachlässigen, weil sich die Kommunisten »nirgends und niemals allzu sicher fühlen« könnten. Außerdem sollten wichtige Unterlagen, die über die SPD gesammelt worden waren, an die Bezirksleitung geschickt werden, damit die Sozialdemokraten im Zuge der Vereinigung nicht durch

¹⁰⁵ Siehe Anton ACKERMANN, *Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?*, in: *Einheit 1* (1946), S. 22-32, sowie Dietrich STARITZ, *Ein »besonderer deutscher Weg« zum Sozialismus?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51/52, 25.12.1982, S. 15-31.

¹⁰⁶ So auf einer Versammlung am 7.2.1946 im Zittauer Amtsgericht in SächsHStA, SED-BPA Dresden, 1/B/092.

¹⁰⁷ Siehe W. LEONHARD (wie Anm. 18), S. 480, und E. W. GNIFFKE (wie Anm. 2), S. 155.

¹⁰⁸ Siehe H.-J. KRUSCH/A. MALYCHA (wie Anm. 71), S. 193-276.

¹⁰⁹ Siehe Günther BENSER/Hans-Joachim KRUSCH (Hrsg.), *Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2./3. März 1946* (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46, Bd. 4), München 1996.

Zufall Einblick in diese Akten nehmen könnten. Die KPD wollte »alle Möglichkeiten ausschöpfen«, um die Sozialdemokraten in der Einheitspartei durch die Kommunisten majorisieren zu können. Koenen ermunterte die Kommunisten, in der Einheitspartei »keine Hemmungen« zu haben.¹¹⁰ In diesem Sinne hatte schon Ende Februar 1946 der Dresdner KPD-Chef Leppi die Ziele der Parteiführung mit den Worten erläutert: »Die Einheitspartei wird nach dem System unserer Partei aufgebaut. Infolgedessen können wir bereits mit einer Planung des Aufbaus aller Leitungen beginnen. Auch in Hinsicht der dazu geeigneten SPD-Leute.«¹¹¹

Trotz der Anstrengungen der KPD, die die Einheitskampagne vor allem durch ihre Betriebsgruppen forcieren ließ, verbesserte sich das Verhältnis zur SPD auch im März 1946 nicht. Buchwitz, der ganz auf den Kurs der KPD eingeschwenkt war, konnte nicht die Versuche der Sozialdemokraten eindämmen, in der neuen Partei Organisationsprinzipien zu verankern, die institutionelle Garantien für ihren weiteren Einfluß bieten sollten. Die Delegierten des letzten SPD-Parteitages in Sachsen entschieden sich einstimmig dafür, die Ortsgruppen als bestimmendes Element der Partei beizubehalten, und wiesen damit den Vorschlag der KPD zurück, die Betriebsgruppen als Grundorganisationen in der SED einzuführen.¹¹²

Um das Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern der Vereinigung in den örtlichen SPD-Gliederungen einschätzen zu können, sollen die Berichte der Kreisleitungen der KPD an die Bezirksleitung vom März 1946¹¹³, Materialien der Bezirksleitung vom gleichen Monat, das Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung mit den Kreissekretären vom 25. März 1946¹¹⁴ und die »Namentliche Zusammenstellung der Einheitsgegner«¹¹⁵ aus dem KPD-Bestand in Dresden ausgewertet werden. Relativ geringen Widerstand gegen die Vereinigung verzeichnete die KPD nur in den Kreisen Großenhain, Flöha, Kamenz und Plauen. Aus Annaberg wurde gemeldet, daß in die SPD eingeschleuste Kommunisten »Sprecher für die Einheit innerhalb der SPD« seien. In den meisten Kreisen Sachsens stieß die KPD jedoch auf Widerstand unter den Sozialdemokraten, die sich aus unterschiedlichen

110 Siehe das Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung vom 25.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.5.002, sowie den Beitrag Koenens auf dem Landesparteitag der KPD am 6.4.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/001.

111 Bericht von der Polleitzersitzung am 21.2.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/124.

112 Siehe das Protokoll des SPD-Parteitages vom 6.4.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.002.

113 Siehe den »Monatsbericht für den Monat März 1946« in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/021.

114 Siehe die beiden Protokolle der Zusammenkunft vom 25.3.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.5.002 und SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/007.

115 Siehe SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/008.

Motiven nicht mit der KPD vereinigen wollten. Eine Verweigerungshaltung und Passivität unter großen Teilen der SPD-Mitgliedschaft ist in den Kreisen Auerbach, Bautzen, Döbeln, Freiberg, Hoyerswerda, Oelsnitz und Rochlitz nachweisbar. Das äußerste sich darin, daß bei Vorstandswahlen Gegner der Vereinigung Mehrheiten erzielten und in den örtlichen Einheitsbüros fast nur KPD-Mitglieder arbeiteten. Besonders interessant war das Verhalten der Zwickauer SPD-Führung, die ein Zusammengehen mit CDU und LDP anstrebte, um dem Widerstand gegen die KPD eine größere Durchschlagskraft zu verschaffen. Eine Mehrheit der SPD-Mitglieder soll in den Kreisen Dippoldiswalde, Glauchau, Görlitz, Löbau, Meißen, Oschatz, Stollberg und Weißwasser hinter der ablehnenden Haltung ihrer Vorstände gestanden haben, die oft erst nach »Einflußnahmen« der Kommandanturen ihren Widerstand nicht mehr offen artikulierten und formal mit der KPD zusammenarbeiteten.

Anhand der KPD-Materialien wird deutlich, daß es den Kommunisten nicht gelungen war, eine Mehrheit der Sozialdemokraten von der Notwendigkeit der Vereinigung beider Parteien zu überzeugen. Von einer weit verbreiteten »Einheitsbereitschaft« kann also zu diesem Zeitpunkt keineswegs gesprochen werden.¹¹⁶ Das wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung in Zittau betrachtet.

Die Kommunisten hatten hier den Sozialdemokraten auf drastische Weise klargemacht, worin sie deren Beitrag zum Neuaufbau Deutschlands sahen: »Genossen der SPD, wir brauchen Eure Mitarbeit, aber der entscheidende Faktor sind wir selbst.«¹¹⁷ Während der Vereinigungskampagne arbeiteten Kommandantur und KPD eng zusammen und wurden vom örtlichen SPD-Vorsitzenden, einem für diesen Posten »abgestellten« ehemaligen Kommunisten, unterstützt. Aufschlußreich sind die Anweisungen der KPD über die Zusammensetzung der Delegierten der Vereinigungskonferenz in Zittau: »Diese Delegierten müssen durchaus nicht etwa alle Mitglieder der beiden Parteien sein, denn diese Verschmelzung soll weiteste Kreise der Bevölkerung erfassen und in ihren Bann ziehen. Also Parteilose und Sympathisierende – aber selbstverständlich keine früheren Pgs – sollen geladen werden.«¹¹⁸ Auf diese Weise sollten wohl die nötigen Stimmen für die Einheitspartei durch Claqueure zusammenkommen.

¹¹⁶ So z.B. Walter BÖHME, *Die Gründung der SED in Sachsen. »Ein Sieg über den Opportunismus« oder »Zwangvereinigung«?*, in: *Historische Blätter aus Politik und Geschichte*, Dresden 1992, S. 21.

¹¹⁷ So der KPD-Kreisvorsitzende Hentschke am 24.1.1946 in einem Gespräch mit dem Mitglied SPD-Landesvorstandes Linden in SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/002, Bl. 60.

¹¹⁸ SächsHStA, SED-BPA Dresden, III/013, Bl. 119.

Nachdem sich die unteren Ebenen beider Parteien in der zweiten Märzhälfte 1946 zusammengeschlossen hatten, fand mit dem Vereinigungsparteitag am 7. April 1946 in Dresden die Gründung der SED in Sachsen ihren Abschluß. Buchwitz und Koenen wurden zu Vorsitzenden des neuen Landesverbandes gewählt.¹¹⁹ Wie die folgende Tabelle zeigt, hatten die Sozialdemokraten zahlenmäßig ein leichtes Übergewicht in der neuen Partei.

Mitgliederbewegung von KPD und SPD 1945/46 in Sachsen¹²⁰

	KPD	SPD
Oktober 1945	71.700	77.600
Dezember 1945	109.900	104.800
Februar 1946	150.000	184.500
April 1946	194.000	221.400

Trotz dieser Mehrheitsverhältnisse leiteten die Kommunisten in der neuen SED-Landesleitung die Abteilungen, die in den folgenden Jahren die wirtschaftlichen Umwälzungsprozesse steuerten, denn hier sollten die Sozialdemokraten von wichtigen Entscheidungen ferngehalten werden.¹²¹

Die Empfindungen wohl vieler SPD-Mitglieder zur Gründung der SED brachte auf dem letzten Parteitag der sächsischen SPD der Delegierte Opitz so zum Ausdruck: »Wir als Sozialdemokraten, wir opfern bei dieser Ehe alles, auch unseren guten alten Namen.«¹²² Die Gegner der Vereinigung machten aus ihrer Ablehnung auch nach dem Zusammenschluß keinen Hehl. Hans Hermsdorf, der Chemnitzer SPD-Oberbürgermeister, wies am 31. März 1946 kurz vor seiner Flucht in den Westen in einem Brief den Chemnitzer SPD-Bezirksvorsitzenden August Friedel, der in den folgenden Jahren wichtige Funktionen in der sächsischen SED bekleidete, darauf hin, daß eine Mehrheit der SPD-Mitglieder immer für Demokratie eingetreten sei und sich diese nun nicht dazu hergeben wollten, eine beginnende Diktatur zu legitimieren.¹²³ Trabalski faßte seine Meinung in folgendem Satz prägnant zusammen: »Ich kann abschließend nur sagen, den Kommunisten ist die Vereinigung nur mit Gewalt gelungen.«¹²⁴

¹¹⁹ Siehe die Schilderungen des Verlaufes des Parteitages bei Kaden in SAPMO-BA, ZPA, NL 76/37, Bl. 50-53, und bei O. BUCHWITZ (wie Anm. 38), S. 140-154.

¹²⁰ Zu den Werten für die KPD siehe W. MÜLLER, *KPD* (wie Anm. 2), S. 458 f. Für die SPD siehe W. MÜLLER, *SPD* (wie Anm. 2), S. 479 f.

¹²¹ Vgl. hier die Vorgaben Dahlems vom 2.4.1946 in SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/A/018.

¹²² SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.002.

¹²³ Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. 447 f.

¹²⁴ B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 217.

Die sächsischen Sozialdemokraten demonstrierten beim letzten SPD-Parteitag in der SBZ noch einmal ihre Stärke. Unter den 60 Leipziger Delegierten, die in einer Urabstimmung gewählt wurden waren, befürworteten nur etwa fünf bis sechs die Vereinigung.¹²⁵ Die sächsischen Sozialdemokraten erreichten trotz der Präsenz der Besatzungsmacht, daß sich die Mehrheit der Parteitagsdelegierten ihrem Antrag anschloß und die Ortsgruppe als unterste Organisationseinheit der SED bestimmte. Damit hatten sie den Vorschlag des Zentralaussschusses abgelehnt, der sich der Vorlage der zweiten Sechziger-Konferenz angeschlossen und Orts- und Betriebsgruppen gleichrangig behandelt hatte.¹²⁶ In der Nacht vor dem Vereinigungsparteitag in Berlin fand deshalb noch eine Konferenz mit der Führung der KPD statt, »denn sonst wäre der Parteitag im Admiralspalast mit einem Eklat geendet«¹²⁷. Die Sozialdemokraten konnten allerdings nur eine formale Aufwertung der Ortsgruppe erreichen, die prinzipielle Gleichstellung mit den Betriebsgruppen blieb bestehen. Mit 21 Gegenstimmen und vier Enthaltungen wurde am 21./22. April 1946 in Berlin die Vereinigung von KPD und SPD beschlossen.¹²⁸

Schon bald nach der Bildung der SED wurden zahlreiche Sozialdemokraten im Rahmen von »Parteisäuberungen« aus der Partei ausgeschlossen. Vor den SED-Parteikontrollkommissionen mußten sie sich zudem in vielen Verfahren für ihre »sozialdemokratische Vergangenheit« verantworten.¹²⁹

Resümee

Erfolgte die Gründung der SED in Sachsen unter Zwang? Um die Gründung der SED angemessen beurteilen zu können, sollen noch einmal kurz die einzelnen Phasen des Vereinigungsprozesses betrachtet werden.

In der ersten Periode vom Mai bis in den August 1945 gab es bei einem großen Teil der Sozialdemokraten das emotionale Bedürfnis, nach den Leiden der NS-Zeit mit den Kommunisten eine gemeinsame Partei zu bilden. Die kommunistische Parteiführung lehnte zu diesem Zeitpunkt eine gemeinsame Partei ab, was sich auch anhand der Behandlung des Angebotes Fechners zur Zusammenarbeit durch Ulbricht im Sommer 1945 zeigen läßt.¹³⁰ KPD und SPD bauten ihre eigenen Parteiorganisationen auf.

¹²⁵ Siehe EBD., S. 216.

¹²⁶ Siehe 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 120 f.

¹²⁷ So Wend in B. BOUVIER/H.-P. SCHULZ (wie Anm. 2), S. 236.

¹²⁸ Siehe A. MALYCHA (wie Anm. 3), S. CVIII.

¹²⁹ Vgl. die Akten der sächsischen Parteikontrollkommission der SED in SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/2004 und A/2005.

¹³⁰ Vgl. Norbert PODEWIN, *Walter Ulbricht. Eine neue Biographie*, Berlin 1995, S. 174-177.

In großen Teilen der Sozialdemokratie wirkte in den folgenden Monaten das Vorgehen der KPD, vor allem bei der Stellenbesetzung in den Verwaltungen seit dem Herbst 1945, ernüchternd auf die Einheitsbereitschaft. Die Zunahme von lokalen Konflikten zwischen beiden Parteien prägte deshalb den Zeitraum von September bis November 1945, in dem die SPD einen deutlichen Führungsanspruch erhob. Daraufhin begannen SMAD und KPD mit der Forcierung der Einheitskampagne. Zwischen Dezember 1945 und Februar 1946 verlor die SPD dann endgültig ihre Handlungsfreiheit, denn das einheitliche Auftreten der Partei wurde mittels Druck und Verhaftungen unterminiert. Dabei nutzten die Kommunisten geschickt Meinungsverschiedenheiten und Differenzen in den sozialdemokratischen Führungsgremien aus. Buchwitz, der im Landesvorstand der SPD für seinen Kurs keine Mehrheit fand, konnte deshalb auch nicht abgelöst werden. Seit Februar 1946 konnte die SPD keine aktive Politik mehr betreiben.¹³¹

Die KPD verhinderte im Vorfeld der Vereinigung alle demokratischen Willensbildungsprozesse bei den Sozialdemokraten. Das verdeutlichen die Reaktionen der Kommunisten auf den Versuch der Sozialdemokraten, im Rahmen einer Urabstimmung die Mitglieder über die Verschmelzung der Parteien entscheiden zu lassen. Nur in den Westsektoren Berlins konnte am 31. März 1946 eine Urabstimmung stattfinden. 82 % der abgegebenen Stimmen lehnten eine Vereinigung mit den Kommunisten ab, 62 % sprachen sich jedoch für eine Zusammenarbeit mit der KPD aus.¹³²

Die Forschung geht von fünf Gruppen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft aus. Befürworter und Gegner bildeten beide gleichermaßen eine Minderheit. Daneben gab es Strömungen, die für ein »Überleben« der Sozialdemokratie in der SED kämpften und die Funktionäre, die gerade in der Einheitspartei für ihr persönliches Fortkommen gute Chancen sahen. Die Mehrheit der Mitglieder verharrte jedoch in Passivität und verfolgte den Kurs der Kommunisten mit Mißtrauen. Auch die Opfer der SPD sind hier zu nennen. Nach vorliegenden Schätzungen kam es im Zuge der Parteienverschmelzung in der SBZ zu ca. 20.000 Verhaftungen.¹³³

Die KPD war während des gesamten Zeitraums nicht in der Lage, die Mitgliederzahlen der SPD zu übertreffen. Erst durch das Ausschalten der Sozialdemokratie konnten sich die Kommunisten in der SED zur stärksten politischen Kraft der SBZ entwickeln. Die Sozialdemokraten hatten nicht die Möglichkeit, ihre Meinung in einer freien Entscheidung zum Ausdruck zu bringen. Wie die Berliner Urabstimmung bewies, wäre eine Mehrheit

¹³¹ Das gestand auch Buchwitz später ein. Vgl. W. MÜLLER, *Sozialdemokratische Politik* (wie Anm. 2), S. 199.

¹³² Siehe Hermann WEBER, *Geschichte der DDR*, München ³1989, S. 130.

¹³³ Diese Zahl nannte Ollenhauer 1961. Vgl. Dieter RIEKE (Hrsg.), *Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur*, Bonn 1994, S. 47.

unwahrscheinlich gewesen. Auch die Funktionäre, die wie beispielsweise Buchwitz entschieden für den Zusammenschluß mit der KPD eintraten, waren isoliert und hatten keineswegs eine Mehrheit der Mitgliedschaft hinter sich. Unterstützt wird diese Aussage dadurch, daß in Leipzig ca. 18.000 Sozialdemokraten ihr Mitgliedsbuch nicht gegen das der SED umtauschten. Das entspricht zwischen 25 und 35 % der Mitgliedschaft.¹³⁴ Deshalb ist die Gründung der SED in Sachsen, trotz anfänglich großer Bereitschaft zur Zusammenarbeit, als Zwangsvereinigung zu kennzeichnen.¹³⁵

134 Vgl. J. TUBBESING (wie Anm. 3), S. 140.

135 Vgl. zu dieser Argumentation Werner MÜLLER, *SED-Gründung unter Zwang – Ein Streit ohne Ende? Plädoyer für den Begriff »Zwangsvereinigung«*, in: DA 24 (1991), S. 52-58, im Gegensatz zur Meinung der PDS in Hans-Joachim KRUSCH, *Arbeiterbewegung, gesellschaftliche Forderungen und Einheit der Arbeiterparteien 1945/46*, in: Dietmar KELLER/Hans MODROW/Herbert WOLF (Hrsg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 1, Bonn/Berlin 1993, S. 61-79.

